

Pressemeldung



**Gewerkschaft
der Polizei**

Mannheim, 03.05.2018

Nachmeldung zur PM vom 27.04.2018

Polizei im Land geht das Geld aus: Bald weniger Streifenfahrten um Sprit zu sparen?

Reduzierung von Streifenfahrten angeordnet

Was die GdP mit ihrer Pressemeldung am 27.04.2018 prognostizierte ist nun eingetroffen. Seit Anfang dieser Woche reduziert beispielsweise das Polizeipräsidium Mannheim die Streifenfahrten. Das heißt, dass nur noch die Aufträge angefahren werden, wenn jemand die Polizei um Hilfe und Unterstützung ruft.

Streifenfahrten im präventiven Bereich werden seit gestern in den Brennpunktrevieren MA-Innenstadt und MA-Neckarstadt reduziert. Andere werden nachziehen, weil gerade die Polizeireviere im Bereich des Polizeipräsidiums Mannheim (Stadtkreis Mannheim und Heidelberg und im Rhein-Neckar-Kreis) ein Einsparpotenzial vom mehreren tausend Euro erbringen müssen, also weniger bis gar keine Streife mehr fahren soll.

„Viele Polizistinnen und Polizisten melden sich bei uns und geben ihrem Frust freien Lauf, weil gerade in Problembezirken keine Streife mehr gefahren werden soll!“, berichtet der Mannheimer GdP-Chef Thomas Mohr. Das beunruhigt und verärgert unsere Kolleginnen und Kollegen.

Dadurch geht ein Stück präventive Polizeiarbeit verloren, denn durch die Bestreifung wurde z.B. so mancher Wohnungseinbruch verhindert oder eine Straftat nicht begangen, weil Polizei unterwegs war.

Auch im Bereich der Kriminalpolizei und bei dringenden Beschaffungen von Ausrüstung macht sich die Sparverpflichtung bemerkbar. Aufwendige und kostenintensive Strafverfahren werden nicht in dem Umfang weitergeführt, wie es eigentlich üblich sein sollte. Bereits genehmigte Anschaffungsanträge von Ausrüstung und Büroausstattungen (z.B. Klimaanlage) wurden zunächst auf Eis gelegt und müssen sich einer erneuten Überprüfung stellen.

Aber warum reicht das Geld dem Polizeipräsidium Mannheim nicht? Beispielsweise musste das PP Mannheim einen hohen Finanzaufwand für das Videoüberwachungsprojekt leisten. Aber auch die Beschaffung beispielsweise von schusssicheren Westen war mit höheren Ausgaben verbunden als im Haushalt veranschlagt.

Nach Schätzungen der GdP fehlt dem Polizeipräsidium Mannheim rund eine halbe Million Euro am Ende des Jahres.

Darum erneut unser Appell an **Innenminister Thomas Strobl (CDU)**, hier zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit die Polizei ihre Arbeit ordentlich und im Sinne des Sicherheitsanspruches der Bevölkerung machen kann.